
Jagd- und Wildschutzgesetz (JWG)¹

(Vom...)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,

in Ausführung der Bundesgesetzgebung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel, nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Aufgaben des Staates

Dem Kanton obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Erhaltung gesunder Wildbestände, des Wildlebensraums und dessen Vernetzung;
- b) die Erhaltung und Förderung der geschützten wildlebenden Säugetiere und Vögel;
- c) die Regelung und Überwachung der Jagd sowie die Organisation der Wildhut;
- d) die Begrenzung der von wildlebenden Tieren verursachten Schäden an Wald, landwirtschaftlichen Kulturen und Nutztieren auf ein tragbares Mass.

§ 2 Jagdregal und Jagdsystem

¹ Die Jagd ist ein Regal des Kantons. Er verfügt im Rahmen der Bundesgesetzgebung über alle jagdbaren und geschützten wildlebenden Säugetiere und Vögel.

² Die Jagd wird nach dem Patentsystem ausgeübt.

II. Organisation und Zuständigkeiten

§ 3 Regierungsrat

¹ Der Regierungsrat erfüllt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben und erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

² Der Regierungsrat ist insbesondere zuständig für:

- a) den Erlass von Schutzbestimmungen für kantonal gefährdete Tierarten;
- b) den Erlass von Vorschriften über die Jagdprüfung und über die Verhütung und Entschädigung von Wildschäden;
- c) die Bewilligung des Abschusses einzelner Schaden stiftender geschützter Tiere und deren Bestandesregulierung, ausgenommen geschütztes Schalenwild;
- d) die Bewilligung zur Aussetzung einheimischer wildlebender Säugetiere und Vögel;

Nummer

- e) Vernehmlassungen zu Bewilligungsgesuchen für Bauten und Anlagen, die den Schutz der wildlebenden Säugetiere und Vögel beeinträchtigen können;
- f) die Ausscheidung von kantonalen Jagdbanngebieten sowie Wasser- und Zugvogelreservaten und die Mitwirkung an der Ausscheidung solcher Schutzgebiete in der Zuständigkeit des Bundes;
- g) den Abschluss von Programmvereinbarungen mit dem Bund;
- h) die Anerkennung von ausserkantonalen Jagdprüfungen;
- i) die Ernennung der Jagd- und der Jagdprüfungskommissionsmitglieder;
- j) die Ausscheidung von Wildruhezonen und Wildtierkorridoren im Rahmen von Nutzungsplanverfahren.

§ 4 Departement

¹ Dem zuständigen Departement obliegt die Aufsicht über die Jagd und die Tätigkeit der damit beauftragten Kommissionen und Amtsstellen.

² Es ist insbesondere zuständig für:

- a) die Vereidigung des Jagdverwalters und der Wildhüter;
- b) den Erlass der jährlichen Jagdvorschriften, insbesondere der jährlichen Streckenvorgabe, räumlich differenzierter jagdplanerischer Massnahmen und der Wildvorweis- und Abschusskontrollpflicht der Jäger;
- c) den Erlass der Vorschriften für Hegeabschüsse von geschütztem Schalenwild.

§ 5 Amt

¹ Soweit in diesem Gesetz oder in andern kantonalen Erlassen keine besonderen Zuständigkeiten festgelegt sind, vollzieht das zuständige Amt die Vorschriften über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel.

² Es ist insbesondere zuständig für:

- a) Organisation, Führung und Ausrüstung der Wildhüter;
- b) die Instruktion und die Beaufsichtigung der Jäger;
- c) die Erteilung der Patente, die Patentverweigerungen und den Entzug von Jagdberechtigungen;
- d) die Erarbeitung von jagdlichen und wildbiologischen Grundlagen, die für den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung des Wildbestandes notwendig sind;
- e) die Abfassung von Rechenschafts- und Jahresberichten sowie die Abrechnungen über die eidgenössischen Jagdbanngebiete und die Vereinbarungen mit dem Bund;
- f) die Führung einer Liste der im Kanton wohnhaften Personen, die geschützte Tiere präparieren sowie die Erteilung von Ausnahmegewilligungen für den Handel mit alten, restaurierten Präparaten geschützter Tiere;
- g) die Anordnung von Massnahmen gegen einzelne Tiere jagdbarer Arten;
- h) die Erteilung von Bewilligungen zur Markierung jagdbarer Säugetiere und Vögel;
- i) das Einfordern von Schadenersatz für Schäden, die dem Kanton durch Vergehen oder Übertretungen gemäss Jagdgesetzgebung entstanden sind.

§ 6 Jagdkommission

a) Zusammensetzung

¹ Die Jagdkommission besteht aus:

- a) dem Vorsteher des zuständigen Departements, der den Vorsitz führt;
- b) dem Vorsteher des zuständigen Amtes;
- c) sechs durch den Regierungsrat zu ernennenden Mitgliedern, welche die Wildhüter, den kantonalen Patentjägerverband, den kantonalen Forstdienst, die Waldeigentümer, die Landwirtschaft sowie die kantonalen Schutzverbände vertreten.

² Bei Bedarf können für einzelne Beratungsgegenstände Dritte beigezogen werden.

§ 7 b) Aufgaben

Der Jagdkommission obliegen:

- a) die Beratung des Vorstehers des zuständigen Departements betreffend Jagd, Wild- und Artenschutz;
- b) die Behandlung der Gesuche um Beiträge an Wildschadenverhütungsmassnahmen und Wildschäden. Sie kann diese Aufgaben einem kommissionseigenen Ausschuss übertragen.

§ 8 Jagdprüfungskommission

¹ Die Jagdprüfungskommission besteht aus:

- a) dem Vorsteher des zuständigen Amtes, welcher den Vorsitz führt;
- b) fünf durch den Regierungsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren zu ernennenden Mitgliedern.

² Der Jagdprüfungskommission obliegt die Vorbereitung und Durchführung des Jagdlehrganges und der Jagdprüfung gemäss den geltenden Jagdprüfungsvorschriften.

³ Sie kann die Durchführung des Jagdlehrganges Dritten übertragen.

§ 9 Jagdpolizei

¹ Die Jagdpolizei wird durch die kantonale Wildhut, das kantonale Forstpersonal und die Polizei ausgeübt. Sie sind Organe der gerichtlichen Polizei.

² Die Jagdpolizeiorgane sind berechtigt:

- a) sich die Ausweise vorzeigen zu lassen;
- b) Wild, Jagdpatente sowie jegliche Waffen und Jagdgeräte zu kontrollieren und bei Gefahr oder begründetem Verdacht sicherzustellen;
- c) den Inhalt von Rucksäcken, Taschen, Transportmitteln und Motorfahrzeugen zu untersuchen;
- d) Räume und Einrichtungen zu durchsuchen.

³ Sie zeigen Widerhandlungen gegen die Jagdgesetzgebung bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde an, sofern nicht das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt.

III. Jagdausübung

Nummer

A. Jagdberechtigung

§ 10 Voraussetzungen

Voraussetzungen zur Jagdberechtigung sind:

- a) jahrgangsmässig erfülltes 20. Altersjahr;
- b) gültige, vom Kanton Schwyz anerkannte Jagdprüfung;
- c) der periodische Nachweis der Treffsicherheit;
- d) keine Verweigerungsgründe nach den §§ 21 und 23;
- e) Ausweis über den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung.

§ 11 Gültigkeitsdauer

Die Jagdberechtigung verliert ihre Gültigkeit:

- a) wenn der Nachweis der Treffsicherheit nicht rechtzeitig beigebracht wird;
- b) wenn die Jagd während mehr als zehn Jahren nicht mehr ausgeübt worden ist, wobei die Tätigkeit als Wildhüter der Jagdausübung gleichgestellt ist;
- c) wenn die Jagdberechtigung durch den Richter oder vom zuständigen Amt entzogen worden ist.

§ 12 Entzug der Jagdberechtigung

Die Jagdberechtigung wird vom zuständigen Amt für mindestens ein Jahr und höchstens zehn Jahre entzogen, wenn der Jagdberechtigte:

- a) vorweisungspflichtiges Wild in Umgehung der Kontrollpflicht als Jagdberechtigter oder Gehilfe liegen lässt, wegschafft, verheimlicht oder verwertet oder den Versuch dazu unternimmt;
- b) ein in Art. 17 JSG genanntes Vergehen fahrlässig begeht.

§ 13 Wiedererlangen der Jagdberechtigung

¹ Bei einem Verlust der Jagdberechtigung nach § 11 Bst. b kann die Jagdberechtigung erst durch das erneute Bestehen des vollständigen Jagdlehrganges und der Jagdprüfung wieder erworben werden.

² Bei einem Verlust der Jagdberechtigung nach § 11 Bst. a oder c kann die Jagdberechtigung erst durch das erneute Bestehen des ganzen oder eines Teils des Jagdlehrganges wieder erworben werden.

³ Das zuständige Amt bestimmt im Einzelfall die zu bestehenden Prüfungsfächer.

B. Patente

§ 14 Grundsatz

¹ Jagdpatente sind persönlich, nicht übertragbar und werden nur an Personen abgegeben, die im Kanton Schwyz jagdberechtigt sind und keine Patentverweigerungsgründe nach den §§ 21 und 23 Abs. 2 vorliegen.

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

² Sie sind für ein Jagdjahr im ganzen für die Jagd offenen Kantonsgebiet gültig und müssen jährlich erneuert werden.

³ Sie sind bei der Ausübung der Jagd stets mitzuführen und auf Verlangen den Jagdpolizeiorganen und den an den Grundstücken Berechtigten, auf deren Gebiet die Jagd ausgeübt wird, vorzuweisen.

§ 15 Patentarten

¹ Es werden folgende Patente ausgestellt:

- a) Patent I: Hochwildjagd auf jagdbares Rotwild, Gamswild, Schwarzwild, Murmeltiere, Füchse und Dachse;
- b) Patent II: Niederwildjagd auf alles jagdbare Nieder- und Wasserwild, Füchse und Dachse, ausgenommen Schwarzwild;
- c) Patent III: Haarraubwildjagd;
- d) Patent IV: Winterjagd auf Wasserwild.

² Das Patent I Hochwildjagd kann je nach jagdplanerischer Notwendigkeit auch als zwei separate Patente wie folgt abgegeben werden:

- a) Patent Ia: Hochwildjagd auf jagdbares Rotwild, Schwarzwild, Murmeltiere, Füchse und Dachse;
- b) Patent Ib: Hochwildjagd auf jagdbares Gamswild, Schwarzwild, Murmeltiere, Füchse und Dachse.

§ 16 Patentgebühren

¹ Der Regierungsrat setzt die Gebühren für die Jagdpatente und Gästekarten fest.

² Die Patentgebühren haben zusammen mit den übrigen Erträgen des Jagdregals mittelfristig mindestens den Aufwand für die Jagd und die Wildhut zu decken.

§ 17 Pflichten des Patentinhabers

Der Inhaber eines Jagdpatents ist verpflichtet:

- a) angeordnete administrative Pflichten sowie angeordnete Wildvorweis- und Abschusskontrollpflichten termingerecht, wahrheitsgetreu, vollständig und fehlerfrei wahrzunehmen;
- b) nicht gebrauchte Abschussmeldungen und Wildabschussmarken dem zuständigen Amt fristgerecht zuzustellen;
- c) bei der Wildschadenverhütung, der Hege und bei der Bekämpfung von Tierseuchen mitzuhelfen;
- d) dem zuständigen Amt mitzuteilen, wenn sich bezüglich der Patentverweigerungsgründe Änderungen ergeben;
- e) die Jagd weid- und tierschutzgerecht auszuüben.

§ 18 Kontingentierung

Das zuständige Departement kann:

- a) Höchstzahlen für die Patentarten, in erster Linie für die an ausserkantonale Jäger erteilten Patente, festlegen, wenn ein übermässiger Jagddruck entsteht;

Nummer

- b) Patentarten nach Anzahl oder Art der Wildtiere einschränken, wenn hegerische oder jagdplanerische Massnahmen dies erfordern.

§ 19 Gästekarten

¹ Die Gästekarte erlaubt jagdberechtigten Personen die Teilnahme an der ordentlichen Jagd im Beisein eines Gastgebers, der Inhaber des entsprechenden Jagdpatents ist und dem Gast seine Marke zur Verfügung stellt.

² Sie berechtigt zum Abschuss von:

- a) jagdbarem Rot-, Gams- und Rehwild, für das der Jagdpatentinhaber oder ein anderer anwesender Jäger seine Abschussberechtigung (Marke) zur Verfügung stellt;
- b) jagdbarem Haarraubwild.

³ Das erlegte Tier ist unmittelbar nach dem Abschuss durch den Patentinhaber mit dessen Marke zu kennzeichnen.

§ 20 Erteilung und Abgabe von Patenten und Gästekarten

¹ Das zuständige Amt kontrolliert die eingereichten Gesuche, holt bei Bedarf Informationen bei den mitwirkungspflichtigen Bewerbern oder den zuständigen kantonalen und kommunalen Amtsstellen ein und erteilt die Patente.

² Es gibt die Patente und Gästekarten ab oder kann Dritte mit dieser Aufgabe betrauen.

³ Wird die Abgabe Dritten übertragen, so sind in einer Leistungsvereinbarung mindestens deren Aufgaben und die Beitragsleistungen des Kantons festzulegen.

§ 21 Patentverweigerung

¹ Zum Bezug eines Patentbesitzes nicht berechtigt sind Bewerber:

- a) welchen die Jagdberechtigung entzogen ist;
- b) die fruchtlos gepfändet wurden, solange Verlustscheine bestehen;
- c) die direkte Steuern trotz Zahlungsaufforderung noch nicht entrichtet haben;
- d) die zu einer unbedingt vollziehbaren Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten verurteilt wurden, bis fünf Jahre nach Beendigung des Strafvollzuges;
- e) die geschuldete Jagdbussen, Wertersatz, Verfahrenskosten oder Patentgebühren noch nicht bezahlt haben;
- f) die wegen körperlichen oder geistigen Krankheiten für eine weidgerechte Jagdausübung und Waffenhandhabung keine Gewähr bieten;
- g) die nicht im Besitz einer Waffe sein dürfen;
- h) welche falsche Angaben zu ihren Personalien oder ihrer Jagdberechtigung machen.

² Für ein Jahr nicht zum Bezug eines Jagdpatents berechtigt sind Bewerber, welche innerhalb der letzten fünf Jahre wiederholt ihren Pflichten gemäss § 17 zu spät oder trotz schriftlicher Mahnung nicht nachgekommen sind.

³ Für mindestens zwei Jahre nicht zum Bezug eines Patentbesitzes berechtigt sind:

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

- a) Bewerber, welche die jährlichen Jagdvorschriften oder die weidmännischen Regeln gemäss § 38 innerhalb der letzten fünf Jahre wiederholt missachtet haben;
- b) Bewerber, die wegen unsachgemäßem Umgang mit Waffen einen Unfall oder Schaden verursacht haben und deswegen verurteilt wurden, soweit nicht die Jagdberechtigung entzogen wurde;
- c) Bewerber, die wegen Verstössen gegen die Tierschutzgesetzgebung verurteilt worden sind.

§ 22 Meldepflichten und Dateneinsichtsrechte

¹ Das zuständige Amt ist berechtigt in Erfüllung seiner Aufgaben bei den zuständigen kantonalen und kommunalen Stellen Auskünfte über Patentbewerber einzuholen hinsichtlich von:

- a) Verlustscheinen;
- b) Steuerausständen;
- c) Vorstrafen und hängigen Strafverfahren;
- d) Erwachsenenschutzmassnahmen;
- e) Hinderungsgründen nach Art. 8 des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz, WG) vom 20. Juni 1997².

² Die angefragten Stellen sind ermächtigt und verpflichtet, dem zuständigen Amt die Auskünfte zu erteilen.

³ Ändern sich die Verhältnisse hinsichtlich der Auskunft über den einzelnen Patentinhaber während der Jagd, hat die angefragte kantonale oder kommunale Stelle dies von sich aus dem zuständigen Amt unverzüglich mitzuteilen.

§ 23 Kontrolle

¹ Das zuständige Amt ist jederzeit berechtigt, zur Überprüfung der Patentverweigerungsgründe oder der Teilnahmevoraussetzungen am Jagdlehrgang Nachweise einzufordern.

² Werden diese Nachweise nicht erbracht, kann das Patent oder die Teilnahme am Jagdlehrgang verweigert werden.

§ 24 Patententzug

¹ Die Jagdpolizeiorgane entziehen dem Patentinhaber das Patent unmittelbar:

- a) bei Verdacht auf Wilderei;
- b) nach Vorfällen, bei denen ein Patentinhaber bei der Ausübung der Jagd Dritte oder Sachwerte gefährdet hat;
- c) wenn ein Patentverweigerungsgrund nach der Patenterteilung eintritt.

² Nach einem Patententzug darf der betroffene Patentinhaber die Jagd nicht wieder aufnehmen.

³ Das zuständige Amt ist ermächtigt, das Jagdpatent so lange zurück zu halten, wie der Vorfall nicht geklärt ist oder allfällige strafrechtliche oder administrative Massnahmen rechtskräftig sind. Das entsprechende Verfahren ist unmittelbar einzuleiten.

C. Jagdausbildung

Nummer

§ 25 Jagdlehrgang

¹ Zum Jagdlehrgang wird zugelassen wer:

- a) bei Kursbeginn das 18. Altersjahr erfüllt hat; sowie
- b) die Bedingungen zum Erwerb eines Jagdpatents gemäss § 10 Bst. d und e erfüllt.

² Wer bei der Anmeldung für den Jagdlehrgang falsche Angaben macht, wird von der Teilnahme ausgeschlossen.

§ 26 Jagdprüfung

¹ Voraussetzung für die Zulassung zur Jagdprüfung ist die Absolvierung des Jagdlehrganges.

² Die Jagdprüfung besteht aus einer praktischen Schiessprüfung, einer praktischen Prüfung zur Waffenhandhabung und Sicherheit auf der Jagd sowie aus einer theoretischen Prüfung. Sie hat dem schweizerischen Ausbildungsstandard zu genügen.

³ Wird die Jagdprüfung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen absolviert, verliert sie ihre Gültigkeit.

D. Jagdausübung

§ 27 Jagdzeiten

¹ Die Jagd- und Schussabgabezeiten sowie die Schonzeiten werden vom zuständigen Departement in den jährlichen Jagdvorschriften festgelegt.

² An Sonn- und Feiertagen sowie am Mittwoch und bei Nacht darf die Jagd nicht ausgeübt werden.

³ Die Lusserjagd auf Haarraubwild darf auch bei Nacht ausgeübt werden.

§ 28 Jagdbare Arten

Das zuständige Departement regelt die Jagd auf jagdbare Arten in den jährlichen Jagdvorschriften.

§ 29 Jagdwaffen, Munition und Ausrüstung a) Zulässigkeit

¹ Das zuständige Departement bestimmt in den jährlichen Jagdvorschriften die erlaubten Jagdwaffen sowie die dazugehörige Munition und die Ausrüstung.

² Die Jagdwaffen haben im Hinblick auf die Auftreffenergie und Ballistik sowie auf die Schussdistanzen eine tierschutzgerechte Jagd sicherzustellen und in einem schiesstüchtigen Zustand zu sein.

³ Für seuchenpolizeiliche und hegerische Massnahmen kann das zuständige Departement unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung ausnahmsweise die Verwendung anderer Waffen, Munitionsarten und Geräte bewilligen.

§ 30 b) Einschliessen und Mittragen von Waffen

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

¹ Das Einschiessen von und das Üben mit Jagdwaffen ist nur auf bewilligten Anlagen gestattet. Vorbehalten bleibt das Einschiessen während der Jagdzeit bei Problemen mit der Waffe.

² An Schontagen ist das Mittragen von Jagdwaffen ausschliesslich zwecks sicheren Deponierens für die am Folgetag aufzunehmende Jagd erlaubt.

§ 31 Jagdhunde a) Einsatz

¹ Zulässig sind alle Jagdhunderassen und deren Mischlinge, sofern sie folgende Bedingungen erfüllen:

- a) auf der Hochwildjagd (Patent I): alle Jagdhunde, die über eine Schweiss- oder eine Ablege- und Gehorsamsprüfung verfügen und nicht zum Stöbern verwendet werden;
- b) auf der Niederwildjagd (Patent II): lautjagende Hunde;
- c) für die Nachsuche, Bau- und Wasserwildjagd sowie für die Schwarzwildjagd: alle Jagdhunde, die über eine anerkannte Prüfung im entsprechenden Einsatzbereich verfügen.

² Jagdhunde sind im Patent einzutragen.

³ Der Regierungsrat regelt den Einsatz der Jagdhunde und die Prüfungsanforderungen im Sinne einer tierschutzgerechten Jagd.

§ 32 b) Organisation und Ausbildung

Das zuständige Amt:

- a) organisiert einen kantonalen Schweisshundepikettdienst;
- b) stellt Leistung und Qualität mittels jährlicher Übungs- und Weiterbildungsangebote sicher und kann dazu mit Jägern und Dritten zusammenarbeiten;
- c) kann Übungskurse und Prüfungen für die Bau-, Wasserwild- und Schwarzwildjagd sowie für das Vorstehen und Apportieren anbieten oder Dritte damit beauftragen.

§ 33 Falknerei a) Grundsätze

¹ Die Beizjagd sowie das freie Fliegenlassen von Greifvögeln sind grundsätzlich verboten.

² Die falknerische Haltung von Greifvögeln kann bewilligt werden, sofern:

- a) die Greifvögel zur Beizjagd gehalten werden;
- b) eine Berechtigung zur Beizjagd vorliegt; und
- c) die Greifvögel die Möglichkeit zum Freiflug haben.

³ Die falknerische Haltung von Greifvögeln bedarf folgender Bewilligungen der zuständigen Stellen:

- a) kantonale Berechtigung zur Falknerei;
- b) kantonale Jagdberechtigung;
- c) Sachkundenachweis für tierschutzgerechte Haltung von Greifvögeln;
- d) Bewilligung zur Haltung von Greifvögeln.

§ 34 b) Ausnahmen

Nummer

¹ Ausnahmebewilligungen zur Beizjagd oder zum freien Fliegenlassen von Greifvögeln können erteilt werden:

- a) zur Vermeidung von Wildschäden;
- b) zu Demonstrations- oder Veranstaltungszwecken.

² Voraussetzungen für eine Ausnahmebewilligung sind eine Schweizerische Falknerprüfung oder eine anerkannte falknerische Ausbildung sowie die Jagdbeerechtigung im Kanton Schwyz.

§ 35 Transportmittel

a) Verwendung

¹ Motorfahrzeuge dürfen als Transportmittel bis zur Aufnahme der Jagdausübung verwendet werden und sind zu kennzeichnen.

² Die Verwendung von Luftfahrzeugen für die Jagdausübung ist grundsätzlich untersagt.

³ Das zuständige Departement regelt die Ausnahmen in den jährlichen Jagdvorschriften.

§ 36 b) Spezialfälle

¹ Der Einsatz von Fahrzeugen auf Strassen und Fahrwegen im Fahrverbot ist für das Bergen von Schalenwild erlaubt.

² Unter Vorbehalt der Jagd auf Wasserwild, der Baujagd und des Bergens von erlegtem Schalenwild darf das Motorfahrzeug nach Aufnahme der Jagd gleichentags zur Jagdausübung nicht mehr benutzt werden.

³ Bei nachfolgender Wiederaufnahme der Jagd ist das Motorfahrzeug auf den vorherigen Standort zurück zu führen und die Jagd von dort aus wieder aufzunehmen.

§ 37 Verbotene Methoden und Hilfsmittel

Neben den Beschränkungen gemäss Art. 2 der Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel vom 29. Februar 1988 (JSV)³ sind nachfolgende Methoden und Hilfsmittel bei der Jagdausübung untersagt:

- a) die Schussabgabe ohne Einsicht in das Zielgelände und ohne sicheren Kugelfang im Hinterland;
- b) die Schussabgabe aus dem Motorfahrzeug unter Vorbehalt der Lusserjagd;
- c) die Durchführung von Treib- und Drückjagd durch Personen, die weder im Besitz eines Jagdpatents sind noch den Jagdlehrgang absolvieren;
- d) jegliches Aufjagen des Wildes mit Gegenständen oder Treibschüssen;
- e) die Ausübung der Jagd auf Skiern und ähnlichen Fortbewegungsmitteln;
- f) der Gebrauch von Kastenfallen;
- g) der Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln.

§ 38 Unweidmännisches Verhalten

Als unweidmännisch gilt und ist verboten:

- a) das Beschiessen von spitz zustehendem oder wegflüchtendem Wild;
- b) die absichtliche Abgabe von Trägerschüssen;

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

- c) die absichtliche Gefährdung weiterer Tiere bei der Schussabgabe;
- d) das Unterlassen der Nachsuche nach einer Schussabgabe bei der das Wild nicht aufgefunden werden kann;
- e) das Unterlassen der unmittelbaren Meldung einer erfolglosen Nachsuche an den Wildhüter;
- f) das Unterlassen der raschen Tötung eines angeschossenen Wildes nach Vorgabe der JSV;
- g) gewalttätiges, ausfälliges Verhalten oder fahrlässige Gefährdung Dritter oder von Sachwerten während der Jagdausübung;
- h) wiederholte Irrtumsabschüsse in schwerwiegenden Fällen.

§ 39 Irrtums- und Fehlabschuss

a) Allgemeines Schalenwild

¹ Wer geschütztes Rot-, Gams- oder Rehwild erlegt, wird durch die Wildhut verzeigt.

² Von einer strafrechtlichen Verfolgung wird abgesehen wenn:

- a) das Tier irrtümlich erlegt wurde;
- b) es umgehend einem Kontrollorgan vorgewiesen wurde;
- c) der Sachverhalt wahrheitsgetreu geschildert wurde; und
- d) der Wertersatz bezahlt wurde.

³ Der Erleger hat einen vom zuständigen Amt nach aktuellem Marktpreis festzusetzenden Wertersatz zu bezahlen.

§ 40 b) Führende Tiere

¹ Anerkennt der Erleger eines führenden Tieres den Befund des Kontrollorgans über den Milchgehalt des Gesäuges nicht, so lässt das zuständige Amt das Gesäuge wissenschaftlich begutachten.

² Bestätigt die Begutachtung den Befund über den Milchgehalt, trägt der Erleger die Untersuchungskosten, andernfalls gehen sie zulasten des Kantons.

§ 41 Schutz von Besitz und Eigentum

Ohne die Bewilligung des Berechtigten darf die Jagd nicht ausgeübt werden in Gebäuden und deren nächsten Umgebung, auf Friedhöfen, in Baumschulen, Park- und Gartenanlagen sowie bis nach der Ernte in Weinbergen, Obstgärten und Gemüseplantagen.

§ 42 Selbsthilfe

¹ Zum Schutz der betreffenden Haustiere, Liegenschaften und landwirtschaftlichen Kulturen ist es den jeweiligen Berechtigten oder von ihnen beauftragten Jagdberechtigten mit Bewilligung des zuständigen Amtes gestattet, Massnahmen zu treffen gegen:

- a) jagdbares Haarraubwild, das in Gebäude eindringt und dort Schaden anrichtet;
- b) Vogelarten gemäss JSV zur Verhütung von Schäden in landwirtschaftlichen Kulturen.

Nummer

² Folgende Hilfsmittel und Methoden dürfen dabei angewendet werden:

- a) im Inneren von Gebäuden sowie unter Vordächern Kastenfallen zum Fang von jagdbarem Haarraubwild, sofern sie täglich kontrolliert werden;
- b) jagdtaugliche Munition für den Abschuss der Vögel.

³ Mit der Kastenfalle eingefangenes Haarraubwild ist:

- a) unverzüglich an einer geeigneten Stelle freizulassen; oder
- b) falls keine Freilassung möglich ist, entsprechend der Tierschutzgesetzgebung zu töten und zu entsorgen.

IV. Wildlebensräume, Wildschutz, Wildkrankheiten

A. Wildlebensräume

§ 43 Schutz des Lebensraumes

¹ Auf den Lebensraum der wildlebenden Säugetiere und Vögel ist im Rahmen von Planungen und Projekten Rücksicht zu nehmen.

² Insbesondere sind Hecken, Feldgehölze, Waldränder, Strauch- und Buschwerk sowie Pflanzenwuchs an Böschungen und Feldrainen, unter Vorbehalt des für die Landwirtschaft notwendigen, schonungsvollen Rückschneidebetriebs und der für die Waldstabilität und die Waldbiodiversität notwendigen Rücksichtnahme, in ihrer Funktion als Lebensraum zu erhalten.

§ 44 Wildruhezonen

¹ Soweit es für den ausreichenden Schutz der wildlebenden Säugetiere und Vögel vor Störung durch Freizeitaktivitäten und Tourismus erforderlich ist, scheidet der Regierungsrat Wildruhezonen aus.

² Er berücksichtigt dabei die Vernetzung dieser Zonen mit eidgenössischen und kantonalen Jagdbanngebieten, Vogelreservaten und anderen wertvollen Wildlebensräumen sowie überregionalen Wildtierkorridoren.

³ Das zuständige Amt:

- a) sorgt für eine geeignete Mitwirkung der Grundeigentümer, der Nutzer und der betroffenen Bevölkerung bei der Bezeichnung dieser Zonen;
- b) übernimmt zur Sicherstellung einer einheitlichen Markierung der Wildruhezonen die Markierungsrichtlinien des Bundes.

§ 45 Wildtierkorridore

a) Planung

¹ Wildtierkorridore, die als überregional und regional eingestuft werden, sind durch den Regierungsrat raumplanerisch mittels Richt- und Nutzungsplanung und unter Einbezug der betroffenen Interessenvertreter sicherzustellen.

² Sie sind zu erhalten oder mit entsprechenden Bauwerken und Leitstrukturen wie Über- und Unterführungen, Hecken und Feldgehölzen zu sanieren, falls sie bereits beeinträchtigt sind.

³ Insbesondere bei der Sanierung und beim Ausbau von Verkehrsträgern ist die Wiederherstellung der Wildtierkorridore in die Planung mit einzubeziehen.

§ 46 b) Bauten und Anlagen

¹ Bauten und Anlagen, welche die Erhaltung eines Wildtierkorridors konkret gefährden, sind nur zulässig, wenn sie aufgrund gleicher oder höherwertiger nationaler Interessen der ungeschmälernten Erhaltung des Wildtierkorridors entgegenstehen.

² Wenn ein unzulässiges Projekt geeignete Massnahmen zur Minimierung der Beeinträchtigung eines Wildtierkorridors beinhaltet, kann das zuständige Amt eine Ausnahmegewilligung erteilen.

B. Wildschutz

§ 47 Wildlebende Säugetiere und Vögel
a) Einfangen und Halten

¹ Das Einfangen wildlebender Säugetiere und Vögel sowie die Haltung und Pflege geschützter wildlebender Säugetiere und Vögel bedürfen einer Bewilligung des zuständigen Amtes, sofern nicht der Bund zuständig ist.

² Erfordert die Haltung zusätzlich eine Bewilligung nach der Tierschutzgesetzgebung, ist vorgängig eine entsprechende Bewilligung bei der dafür zuständigen Behörde einzuholen.

§ 48 b) Aussetzen

¹ Das Aussetzen ursprünglich wildlebender Säugetiere und Vögel bedarf einer Bewilligung des Regierungsrates.

² Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit des Bundes.

§ 49 Streunende Hunde und Katzen

¹ Streunende oder herrenlose Hunde und Katzen, die im Wald oder Jagdbanngebiet angetroffen werden, sind der Wildhut zu melden.

² Durch Wildhüter eingefangene Hunde und Katzen sind dem Tierhalter oder der für Findeltiere zuständigen Stelle abzugeben.

³ Weitab von Höfen und Siedlungen streunende Hunde und Katzen, die offensichtlich krank oder verletzt sind, dürfen durch die Wildhüter erlegt werden.

§ 50 Jagende Hunde und Katzen

¹ Hunde und Katzen, die wiederholt wildlebenden Säugetieren oder Vögeln nachstellen, dürfen durch Wildhüter erlegt werden, wenn:

- a) das Tier nicht eingefangen werden kann;
- b) es wildlebenden Säugetieren oder Vögeln nachstellt; und
- c) vorgängig schriftlich eine Verwarnung des Tierhalters durch das zuständige Amt erfolgt ist.

² Eine vorgängige schriftliche Verwarnung des Tierhalters ist nicht erforderlich wenn Hunde und Katzen beim Reissen von wildlebenden Säugetieren und Vögeln angetroffen werden.

³ Vorbehalten bleiben Hunde im jagdlichen Einsatz.

Nummer

§ 51 Schutz der Wildtiere

¹ Strasseneigentümer haben von intensivem Wildwechsel betroffene Strassenstrecken zu signalisieren und in Absprache mit dem zuständigen Amt die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um Zusammenstösse mit Strassenbenützern möglichst zu vermeiden.

² Störungen der Wildtiere durch Freizeitaktivitäten und Tourismus sind nach Möglichkeit zu vermeiden oder zumindest zu beschränken.

³ Das mutwillige Stören von Wildtieren ist verboten.

§ 52 Kantonsbeiträge

Der Kantonsrat kann im Rahmen des Voranschlages Beiträge an Massnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen wildlebender Säugetiere und Vögel sowie zur lokalen Wiederherstellung oder Verbesserung ihrer Lebensräume gewähren.

C. Wildkrankheiten

§ 53 Bekämpfung von Tierseuchen

¹ Besteht der Verdacht, dass übertragbare Krankheiten vorliegen, lässt die Wildhut die erlegten Wildtiere untersuchen.

² Die Jäger haben der Wildhut Auffälligkeiten bei erlegten Wildtieren zu melden.

³ Das zuständige Amt hat Auffälligkeiten im Wildbestand nachzugehen und bei Bedarf nach Absprache mit dem Kantonstierarzt geeignete Massnahmen zu ergreifen.

§ 54 Hegeabschüsse

¹ Wildhüter sowie Jäger während der Jagd sind verpflichtet, offensichtlich kranke und verletzte Wildtiere zu erlegen.

² Jäger haben diese Abschüsse umgehend der Wildhut zu melden, dieser das erlegte Wild vorzuweisen und auf Anweisung abzugeben.

³ Die Wildhut kann Jagdberechtigte ausserhalb der Jagdzeit beauftragen, Hegeabschüsse für sie zu tätigen.

§ 55 Fallwild

¹ Tot aufgefundene wildlebende Säugetiere und Vögel sind der Wildhut zu melden. Ausgenommen davon sind tot aufgefundene Singvögel.

² Das Fallwild oder Teile und Trophäen davon können dem Finder abgegeben werden.

³ Das zuständige Amt erlässt hierzu Richtlinien.

V. Wildtiermanagement

§ 56 Information

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

Das zuständige Amt sorgt dafür, dass die Bevölkerung über die Lebensweise der wildlebenden Säugetiere und Vögel, ihre Bedürfnisse und ihren Schutz sowie über die Bedeutung der Jagd informiert wird.

§ 57 Bestandesregulierung

¹ Die Jagdplanung bezüglich des Schalenwildes ist aufgrund der Bestandeszahlen, Jagdstrecken und der Fallwildzahlen sowie der nachgewiesenen Wildschäden jährlich festzulegen. Die Planung kann bei Notwendigkeit räumlich differenziert erfolgen.

² Sie soll:

- a) einen natürlichen Alters- und Geschlechtsaufbau sowie eine gebietsangepasste Bestandesdichte zum Ziel haben;
- b) einen für den Lebensraum sowie die Land- und Forstwirtschaft tragbaren Wildbestand anstreben.

³ Der Kanton unterstützt mit der Jagd den Erhalt sämtlicher Waldfunktionen, insbesondere die Schutzfunktion, die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder sowie die natürliche Verjüngung mit standortgemässen Baumarten und vermeidet untragbare Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen.

§ 58 Verhütung und Entschädigung von Wildschäden

¹ Der Kanton leistet an Massnahmen zur Verhütung von Wildschäden sowie an Schäden, die wildlebende Säugetiere und Vögel anrichten, im Rahmen der Bundesgesetzgebung eine angemessene Entschädigung.

² Eine Entschädigung wird nur insoweit geleistet, als der Geschädigte zumutbare Massnahmen zur Verhütung des Schadens getroffen hat und der Schaden nicht von Tieren verursacht wurde, gegen welche zulässige Selbsthilfemassnahmen ergriffen werden können.

§ 59 Fütterung von Wildtieren

¹ Das Füttern von Wildtieren, insbesondere das Errichten von Fütterungsstellen für Schalenwild, ist grundsätzlich verboten.

² Ausgenommen sind private Winterfütterungen von Singvögeln in Hausnähe sowie die Bestückung von Lusserplätzen durch Jäger anlässlich der Lusserjagd.

³ Das zuständige Amt kann Ausnahmen für Fütterungsstellen von Schalenwild bewilligen, wenn dies für das Überleben des Wildes oder der Reduktion von Wildschäden unumgänglich ist und die Zustimmung des Grundeigentümers vorliegt.

§ 60 Konzepte zum Umgang mit Grossraubtieren

¹ Der Regierungsrat erlässt Konzepte zum Umgang mit Grossraubtieren. Er richtet sich dabei nach den Konzepten des Bundes.

² Er integriert Herden- und Bienenschutz in die landwirtschaftliche Beratung und stellt zur Erfüllung der Aufgaben geeignete Instrumente zur Verfügung.

³ Er regelt die Rechte und Pflichten von Nutztierhaltern in Bezug auf Präventionsmassnahmen und Entschädigungen.

Nummer

VI. Verfahren und Rechtsschutz

§ 61

¹ Das Verfahren für den Erlass und die Anfechtung von Verfügungen und Entschieden richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.⁴

² Abweichende Bestimmungen dieses Gesetzes und des Bundesrechts bleiben vorbehalten.

VII. Strafbestimmungen

§ 62 Übertretungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a) das Jagdpatent oder die Gästekarte bei der Jagdausübung nicht mitführt (§§ 14 Abs. 3 und 19);
- b) ein Jagdpatent bezieht oder verwendet, ohne dazu berechtigt zu sein (§§ 14 und 21);
- c) den Abschuss nicht rechtzeitig meldet (§ 17 Bst. a);
- d) die Abschussmeldung unvollständig oder fehlerhaft ausfüllt (§ 17 Bst. a);
- e) nicht gebrauchte Abschussmeldungen und Wildabschussmarken nicht fristgerecht abgibt (§ 17 Bst. b);
- f) die Jagd nicht tierschutzgerecht ausübt (§ 17 Bst. e);
- g) die Jagd- und Schussabgabezeiten oder die Schonzeiten missachtet (§ 27);
- h) unerlaubte Jagdwaffen oder Munition verwendet (§§ 29 und 30);
- i) während der Jagdausübung nicht vorschriftsgemäss gekennzeichnet ist (§ 29 Abs. 1);
- j) einen nicht zugelassenen Hund auf der Jagd mitführt (§ 31);
- k) einen Hund während der Jagdausübung unerlaubt jagen lässt (§ 31);
- l) einen Hund auf der Jagd mitführt, der nicht im Jagdpatent eingetragen oder nicht vorschriftsgemäss gekennzeichnet ist (§§ 29 und 31);
- m) das Verbot der Beizjagd oder des freien Fliegenlassens von Greifvögeln missachtet (§ 33);
- n) die Vorschriften des Transportmitteleinsatzes zur Jagdausübung (inkl. Bergung) missachtet (§§ 35 und 36);
- o) bei der Jagdausübung verbotene Methoden oder Hilfsmittel verwendet (§ 37);
- p) das Verbot, sich unweidmännisch zu verhalten, missachtet (§ 38);
- q) geschütztes Rot-, Gams- oder Rehwild erlegt (§ 39);
- r) ohne Bewilligung des Berechtigten die Jagd in oder auf dessen Besitz oder Eigentum ausübt (§ 41);
- s) die Vorschriften über die Selbsthilfe missachtet (§ 42);
- t) mutwillig Wildtiere stört (§ 51 Abs. 3);
- u) Wildtiere füttert oder Fütterungsstellen errichtet (§ 59).

² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

³ Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des Bundesrechts.

§ 63 Mitteilungspflichten

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

¹ Polizeirapporte sowie Verfügungen und Urteile der Strafbehörden, die sich auf die Strafbestimmungen nach § 62 oder das JSG beziehen, sind dem zuständigen Amt zuzustellen.

² Das zuständige Amt hat von Strafbehörden verfügte Entzüge der Jagdberechtigung dem Bundesamt mitzuteilen.

VIII. Schlussbestimmungen

§ 64 Aufhebung von Erlassen

Mit dem Inkrafttreten dieses Erlasses werden folgende Erlasse aufgehoben:

- a) Gesetz über die Jagd vom 23. März 1972;⁵
- b) Jagd- und Wildschutzgesetz (JWG) vom 20. Dezember 1989.⁶

§ 65 Änderung von Erlassen

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

- a) Kantonales Fischereigesetz (KFG) vom 18. März 2009⁷

§ 20 Bst. g und h (neu)

(Der Regierungsrat erlässt Schutzbestimmungen und bezeichnet die zulässigen Gerätschaften. Er regelt namentlich):

- g) die Einschränkung von sportlichen Betätigungen, wenn dies zum Schutz der Fische, Krebse und Fischnährtiere sowie deren Lebensräume erforderlich ist;*
- h) die Führung der Fangstatistik.*

§ 33 Abs. 1 Bst. k, Bst. l und m (neu)

(^l Mit Busse wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig):

- k) zum Schutze der Fische, Krebse und Fischnährtiere sowie deren Lebensräume angeordnete Einschränkungen von sportlichen Aktivitäten missachtet;*
- l) bei der Fischereiausübung das Fischereipatent oder die Gästekarte nicht mitführt;*
- m) die maximalen Tagesfangzahlen missachtet.*

- b) Kantonales Ordnungsbussengesetz (KOBG)⁸

Anhang

- 3.1 *Verstoss gegen das Lagerungs- oder Campierverbot (§ 3 Abs. 2 Bst. b i.V.m. § 19 Bst. c der Verordnung zum Schutze des Frauenwinkels vom 5. Mai 1980 [VSF]⁹; § 4 Bst. a i.V.m. § 15 Bst. a der Verordnung zum Schutze des Aahorns vom 18. Februar 2009 [VSA]¹⁰; § 3 Abs. 3 Bst. b i.V.m. § 12 der Verordnung zum Schutze des Nuoler Riedes vom 5. Mai 1980 [VSN]¹¹;*

Nummer

- § 3 Abs. 4 Bst. b i.V.m. § 12 der Verordnung zum Schutze der Bätzimatt vom 11. Oktober 1983 [VSB]¹²;
§ 3 Abs. 2 Bst. b i.V.m. § 14 Abs. 1 der Verordnung zum Schutze der Gebiete Sägel und Schutt sowie des Lauerzersees vom 16. Dezember 1986 [VSS]¹³;
§ 4 Abs. 1 Bst. a i.V.m. § 26 Bst. c der Verordnung betreffend die Moorlandschaft Rothenthurm vom 6. September 2007 [VMR]¹⁴;
§ 4 Bst. a i.V.m. § 21 der Verordnung zum Schutze der Gebiete Schwantenau, Roblosen, Breitried, Schützenried, Oberer Sihlsee und Allmig vom 29. August 1994 [VSR]¹⁵;
§ 4 Abs. 1 Bst. b i.V.m. § 21 Bst. d der Verordnung betreffend Nutzung und Schutz der Ibergeregge vom 18. Dezember 2008 [VSI]¹⁶) 150.--
- 3.2 Verstoss gegen das Feuerungsverbot (§ 3 Abs. 2 Bst. d i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Abs. 1 Bst. b i.V.m. § 26 Bst. c VMR; § 4 Bst. b i.V.m. § 21 VSR; § 4 Bst. b i.V.m. § 15 Bst. a VSA) 250.--
- 3.3 Verstoss gegen die Hundeleinenpflicht (§ 3 Abs. 2 Bst. f i.V.m. § 19 Bst. a VSF; § 4 Bst. d i.V.m. § 15 Bst. a VSA; § 3 Abs. 3 Bst. d i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 4 Bst. d i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. f i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Abs. 1 Bst. d i.V.m. § 26 Bst. c VMR; § 4 Bst. e i.V.m. § 21 VSR; § 4 Abs. 1 Bst. d i.V.m. § 21 Bst. d VSI) 100.--
- 3.4 Verstoss gegen das Reitverbot (§ 4 Bst. e i.V.m. § 15 Bst. a VSA; § 4 Abs. 1 Bst. e i.V.m. § 26 Bst. c VMR; § 4 Bst. f i.V.m. § 21 VSR; § 4 Abs. 1 Bst. e i.V.m. § 21 Bst. d VSI) 100.--
- 3.5 Verstoss gegen das Betretungsverbot oder das Befahrungsverbot mit einem nicht motorisierten Fahrzeug (§ 3 Abs. 3 i.V.m. § 19 Bst. b und c VSF; § 4 Bst. f und § 7 Abs. 2 und 3 i.V.m. § 15 Bst. a und c VSA; § 6 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. k und § 4 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Abs. 1 Bst. e und § 13 i.V.m. § 26 Bst. b und c VMR; § 5 Abs. 1, 2 und 3 i.V.m. § 21 VSR; § 4 Abs. 1 Bst. e und § 10 i.V.m. § 21 Bst. c und d VSI) 50.--
- 3.6 Verstoss gegen das Befahrungsverbot mit einem Motorfahrzeug (§ 3 Abs. 3 i.V.m. § 19 Bst. b und c VSF; § 7 Abs. 2 i.V.m. § 15 Bst. c VSA; § 6 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSN; § 3 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. k i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS;

Vernehmlassungsvorlage (17.12.2014)

	§ 4 Abs. 2 i.V.m. § 26 Bst. c VMR; § 5 Abs. 3 i.V.m. § 21 VSR; § 4 Abs. 1 Bst. a und § 10 i.V.m. § 21 Bst. c und d VSI)	100.--
3.7	Verstoss gegen das Badeverbot (§ 5 Abs. 2 i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 10 Abs. 2 i.V.m. § 15 Bst. d VSA; § 5 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSN; § 5 Abs. 3 i.V.m. § 12 VSB; § 3 Abs. 2 Bst. c i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Bst. c i.V.m. § 21 VSR)	50.--
3.8	Verstoss gegen das Anlegungs-, Stationierungs- und Durchfahrverbot (§ 5 Abs. 2 i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 10 Abs. 2 i.V.m. § 15 Bst. d VSA; § 5 Abs. 2 i.V.m. § 12 VSN; § 5 Abs. 2 i.V.m. § 12 VSB; § 6 Abs. 2 i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS)	100.--
3.9	Verstoss gegen das Pflückverbot für Pflanzen, Pilze und Beeren (§ 6 Abs. 2 Bst. e i.V.m. § 19 Bst. c VSF; § 6 Abs. 2 Bst. e i.V.m. § 12 VSN; § 6 Abs. 2 Bst. e i.V.m. § 12 VSB; § 7 Abs. 2 Bst. e i.V.m. § 14 Abs. 1 VSS; § 4 Abs. 1 Bst. g und § 11 Abs. 2 Bst. g i.V.m. § 26 Bst. c VMR; § 4 Bst. h i.V.m. § 21 VSR; § 4 Abs. 1 Bst. g i.V.m. § 21 Bst. d VSI)	50.--
4.1	Nichtmitführen des Jagdpatents oder der Gästekarte bei der Jagdausübung (§§ 14 Abs. 3 und 19 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. a des Jagd- und Wildschutzgesetzes vom ... [JWG] ¹⁷⁾)	50.--
4.2	Unterlassung der rechtzeitigen Abschussmeldung (§ 17 Bst. a i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. c JWG)	50.--
4.3	Unvollständiges oder fehlerhaftes Ausfüllen der Abschussmeldung (§ 17 Bst. a i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. d JWG)	50.--
4.4	Nichtabgabe oder nicht rechtzeitige Abgabe der nicht gebrauchten Abschussmeldungen und Wildabschussmarken (§ 17 Bst. b i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. e JWG)	50.--
4.5	Nicht vorschriftsgemässe Kennzeichnung der Jagdteilnehmenden (§ 29 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. i JWG)	100.--
4.6	Unerlaubtes Mitführen eines nicht zugelassenen Hundes auf der Jagd (§ 31 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. j JWG)	150.--
4.7	Unerlaubtes Jagenlassen eines Hundes während der Jagdausübung (§ 31 i.V.m.)	

Nummer		
	§ 62 Abs. 1 Bst. k JWG)	150.--
4.8	Mitnehmen eines Hundes auf die Jagd, der im Jagdpatent nicht eingetragen oder nicht vorschriftsgemäss gekennzeichnet ist (§§ 29 und 31 Abs. 3 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. l JWG)	150.--
4.9	Missachtung des Verbots der Beizjagd oder des freien Fliegenlassens von Greifvögeln (§ 33 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. m JWG)	100.--
4.10	Nichtkennzeichnen des Motorfahrzeuges bei der Ausübung der Jagd (§ 35 Abs. 1 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. n JWG)	50.--
4.11	Verwendung von verbotenen Methoden oder Hilfsmitteln bei der Selbsthilfe (§ 42 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. s JWG)	50.--
4.12	Mutwillige Störung von Wildtieren (§ 51 Abs. 3 i.V.m. § 62 Abs. 1 Bst. t JWG)	50.--
5.1	Nichtmitführen des Fischereipatents oder der Gästekarte bei der Fischereiausübung (§ 11 des Kantonalen Fischereigesetzes vom 18. März 2009 [KFG] ¹⁸ i.V.m. § 33 Abs. 1 Bst. l KFG)	50.--
5.2	Nicht fachgerechte oder vorschriftsgemässe Handhabung und Verwendung von Köderfischen sowie untermässiger und gefangener Fische (§ 19 Abs. 2, § 20 Bst. b und § 33 Abs. 1 Bst. e KFG und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 2 Abs. 2 KFG)	100.--
5.3	Fischen mit unerlaubten Gerätschaften oder mittels unerlaubter Fangmethoden (§ 20 Bst. a i.V.m. § 33 Abs. 1 Bst. f KFG und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 2 Abs. 2 KFG)	100.--
5.4	Fischen während der Schonzeiten, in Schutz- oder Schongebieten oder unter Missachtung der Schonmasse (§ 20 Bst. c i.V.m. § 33 Abs. 1 Bst. c KFG und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 2 Abs. 2 KFG)	200.--
5.5	Nichteinhalten der maximalen Tagesfangzahlen (§ 20 Bst. e i.V.m. § 33 Abs. 1 Bst. m KFG und Ausführungsbestimmungen der Konkordate i.V.m. § 2 Abs. 2 KFG)	200.--

5.6 wird aufgehoben

5.7 Nicht oder nicht vorschriftsgemässes Führen der
Fangstatistik bei der Ausübung der Fischerei
(§ 20 Bst. h i.V.m. § 33 Abs. 1 Bst. h KFG) 50.--

§ 66 Referendum, Publikation, Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz unterliegt dem Referendum gemäss §§ 34 oder 35 der Kantonsverfassung.

² Es wird im Amtsblatt veröffentlicht und nach Inkrafttreten in die Gesetzssammlung aufgenommen.

³ Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er bestimmt nach der Genehmigung durch den Bund den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

¹ GS ...

² SR 514.54.

³ SR 922.01.

⁴ SRSZ 234.110.

⁵ GS ...

⁶ GS ...

⁷ SRSZ 771.110.

⁸ SRSZ 233.210.

⁹ SRSZ 722.111.

¹⁰ SRSZ 722.112.

¹¹ SRSZ 722.113.

¹² SRSZ 722.114.

¹³ SRSZ 722.211.

¹⁴ SRSZ 722.311.

¹⁵ SRSZ 722.313.

¹⁶ SRSZ 722.314.

¹⁷ SRSZ 261.100.

¹⁸ SRSZ 771.110.